

Bundesministerium des Innern

**Konstruktiver Austausch mit Vertretern der
Religionsgemeinschaften zu religiösen Zusammenkünften an
Chanukka und Weihnachten**

Kirchen und Zentralrat der Juden nehmen ihre Aufgaben auch unter
schwierigen Bedingungen verantwortungsvoll wahr

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat hat Vertreter der Religionsgemeinschaften zu einem konstruktiven Austausch zu religiösen Zusammenkünften an Chanukka und Weihnachten eingeladen. Die Kirchen und der Zentralrat der Juden nehmen ihre Aufgaben auch unter schwierigen Bedingungen verantwortungsvoll wahr.

Keywords: Interreligiöser Dialog, Christentum, Judentum, Politik, Zusammenhalt, COVID-19-Pandemie

Die Beschlüsse der Bundeskanzlerin und der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 25. November 2020 zur Bekämpfung der Corona-Pandemie waren am 27. November 2020 Thema eines konstruktiven Gesprächs zwischen Vertretern der christlichen Kirchen, dem Zentralrat der Juden in Deutschland, Staatssekretär Dr. Markus Kerber vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat sowie Staatssekretär Nathanael Liminski aus Nordrhein-Westfalen. Alle Seiten setzen sich für die verantwortungsvolle Gestaltung von religiösen Zusammenkünften ein, insbesondere während des Chanukkafestes und in der Weihnachtszeit. Es besteht Einigkeit, dass die Umsetzung und Einhaltung der Beschlüsse vom 25. November 2020 auf der lokalen Ebene erfolgen wird. Die Religionsgemeinschaften tragen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Infektionen weiterhin breit mit und zeigten Verständnis dafür, dass Großveranstaltungen vermieden werden müssen. Staatssekretär Dr. Kerber bedankte sich dafür, dass die Religionsgemeinschaften ihre seelsorgerische und pastorale Verantwortung unter schwierigen Bedingungen wahrnehmen:

"Die Politik sieht, dass in dieser schwierigen Zeit, die in die dunkle Hälfte des Jahres fällt, Menschen nach Geborgenheit suchen. Die Rolle der Religionsgemeinschaften – an Chanukka, an Weihnachten – für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist dabei sehr wichtig."

Von Seiten der Religionsgemeinschaften nahmen Prälat Dr. Karl Jüsten (Leiter des Katholischen Büros Berlin), Prälat Dr. Martin Dutzmann (Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union), Daniel Botmann (Geschäftsführer des Zentralrats der Juden in Deutschland), Bischof Emmanuel von Christoupolis (Beauftragter der Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland bei der Bundesregierung und am Sitz des Bundestags), Dr. Verena Hammes, (Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland), Konstantin von Abendroth (Beauftragter der Vereinigung Evangelischer Freikirchen am Sitz der Bundesregierung) an der Besprechung teil.

Quelle:

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2020/11/religionsgemeinschaften.html> (2025-10).